

# Der Unsinn von Netzsperrern

Die Sperrung des Zugangs zu bestimmten Internetseiten, die sogenannte Netzsperrre, ist ein Instrument, das nur im äussersten Notfall benutzt werden sollte. Aktionismus gefährdet Innovationen der Wirtschaft, und die Entwicklung neuer Technologien darf politisch nicht behindert werden.

Insbesondere gilt dies, wenn Netzsperrren ausgesprochen werden, um Grenzschutz zu betreiben. So geschehen im nationalen Parlament, das ausländischen Onlineplattformen von Geldspielen wie Poker den Internetzugang in die Schweiz kappen will.

Warum sind Internetbeschränkungen höchst problematisch? Einerseits sind sie eine Farce. Die Seiten können gar nicht gelöscht werden, sondern nur deren Zugang. Doch diese Zugänge können mit wenigen IT-Kenntnissen einfach umgangen werden, und der Zugriff auf die Seiten kann über einen anderen Weg erfolgen.

Noch wichtiger ist, dass die Sicherheit und Stabilität von Kommunikationstechnologien heute ebenso zu wichtigen Standortfaktoren in einem Land gehören wie Rechtssicherheit und berechenbare wirtschaftliche und politische Verhältnisse. Unternehmen und Märkte reagieren sehr stark auf digitale Entwicklungen: Die Digitalisierung hat eben erst begonnen und mit dem Fortschritt entstehen ungeahnte Möglichkeiten der Entwicklung von Angeboten, Produkten und Dienstleistungen. Es ist unabdingbar, dass die Schweiz und der Kanton Zürich, die es an die internationale Spitze der Bereitstellung von digitalen Technologien geschafft haben Bedingungen bieten, die diesen Fortschritt nicht behindern. Eine Netzsperrre ist dafür ein extrem schlechtes Signal - zumal vorliegender Fall mit Online-Glücksspielen zu wenig gewichtig für eine derart eingreifende Massnahme ist - und wie erwähnt leicht umgangen werden kann.

Selbstredend sind Netzsperrren wichtig und richtig, wenn es um schwerwiegende Verstösse wie Kinderponografie geht.

Die Argumentation im Nationalrat lautete: Casinos in der Schweiz müssten via Konzession Beiträge für die AHV und die Lotteriefonds der Kantone abliefern und Massnahmen gegen Spielsucht ergreifen, ausländische Anbieter nicht. Aber das Parlament verweigerte ausländischen Anbietern die Möglichkeit, ebenfalls eine Konzession beantragen zu können mit allen damit verbundenen Auflagen. Dies ist umso absurder, als der Besuch ausländischer Onlineplattformen weiterhin straffrei bleibt, auch über eine Umgehung des direkten Internetzugangs. Die Netzsperrre in vorliegendem Fall ist also eine reine Schutzmassnahme für Schweizer Online-Casinos.

Über Sinn und Unsinn von Netzsperrren wurde öffentlich bisher nicht diskutiert. Es ist höchste Zeit dafür. Dank dem Referendum der Jungparteien geschieht dies nun, und das ist gut so.



**Astrid Furrer**, 49, ist für die FDP Kantonsrätin und Stadträtin in Wädenswil und Co-Präsidentin der Sozialkonferenz des Kantons Zürich. Sie ist verheiratet und hat zwei Töchter im Teenageralter.